

Kiel, 31. Juli 2019

## **Pressemitteilung der MIT Schleswig-Holstein**

### **Doch keine Einschränkung beim steuerfreien Sachbezug für Arbeitnehmer MIT setzt sich gegen Bundesfinanzminister durch**

Der steuer- und sozialabgabenfreie Sachbezug für Arbeitnehmer wird jetzt doch nicht von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) angetastet. Die bislang im Jahressteuergesetz vorgesehene Einschränkung des Sachbezugs ist von Scholz wieder aus dem Gesetzentwurf gestrichen worden.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU Schleswig-Holstein begrüßt das ausdrücklich. MIT-Landesvorsitzender Stefan Lange: „Es hat sich gelohnt, dass die MIT hier über Monate hinweg auf mehreren Ebenen Druck gemacht hat.“

Scholz wollte ursprünglich die Möglichkeit, dass jeder Arbeitgeber seinen Mitarbeitern pro Monat 44 Euro als Sachbezug steuer- und sozialabgabenfrei zuwenden kann, drastisch einschränken. Die bislang für diesen Zweck besonders beliebten Gutschein- und Debitkarten, auf die die 44 Euro überwiesen werden und mit denen man bei verschiedenen Akzeptanzstellen einkaufen kann, wollte Scholz von der Abgabefreiheit ausnehmen. Dies hätte nach Angaben des Prepaid-Verbandes rund sechs Millionen Arbeitnehmer betroffen. Die MIT setzte sich mit Nachdruck gegen diese Einschränkung ein. Lange: „Das Scholz-Gesetz hätte dazu geführt, dass am Ende fast nur noch Amazon-Gutscheine und Tank-Gutscheine übriggeblieben wären. Es wäre eine völlige Fehlsteuerung, wenn die Politik ein Konjunkturprogramm für Amazon beschließt.“

Die MIT fordert dagegen, die Möglichkeiten des steuer- und sozialabgabenfreien Sachbezugs auszuweiten. Aus den 44 Euro pro Monat sollten 600 Euro im Jahr werden und aus der Freigrenze ein Freibetrag. Damit würden die 600 Euro in jedem Fall steuerfrei bleiben, auch wenn mal mehr als 600 Euro vom Arbeitgeber geschenkt werden. Als mittelständischer Unternehmer weiß Lange: „Es ist in Zeiten des Fachkräftemangels wichtig, dass gerade Mittelständler ihren Mitarbeitern attraktive Angebote machen können, um sie an ihr Unternehmen zu binden“. Es sei nicht nachvollziehbar so Mittelstands-Chef Lange, dass die SPD das durch höhere Steuern und Sozialabgaben erschweren wolle.

*Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Deutschland (MIT) ist die größte parteipolitische Wirtschaftsvereinigung Europas. Sie engagiert sich insbesondere für die Belange der Klein – und Mittelständischen Unternehmen (KMU). Der schleswig-holsteinische MIT-Landesvorsitzende Stefan Lange ist als direkter Ansprechpartner unter [stefan.lange@mit-sh.de](mailto:stefan.lange@mit-sh.de) für Gespräche oder Informationen erreichbar.*

### **Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Schleswig-Holstein (MIT)**

Hans-Peter Küchenmeister - Pressesprecher, Sophienblatt 44-46, 24114 Kiel,  
Tel.: 0173-99 123 88, E-Mail: [hpk@mit-sh.de](mailto:hpk@mit-sh.de); [www.mit-sh.de](http://www.mit-sh.de)